16. März, 4.30 Uhr – Europa macht ernst

Als nach all den anderen Schuldenstaaten auch noch Zypern Milliarden will, reicht's den Rettern. Ein paar mächtige Männer und Frauen opfern das Geschäftsmodell des ganzen Landes, sie zerstören das Vertrauen in die Banken. Aber sie schaffen die Wende. Heute erholt sich Europa, die Krise scheint überwunden. Rekonstruktion eines politischen Krimis

Von Andreas Albes, Lukas Heiny und Andreas Hoffmann
Illustrationen: Reinhard Kleist

Lesehilfe

Text und Comic wechseln sich in dieser Geschichte ab. Folgen Sie einfach den Pfeilen.

Christos Chrisanthou
Taxifahrer und Opfer der Zypernrettung

Zypern, 25. März 2013

Christos Chrisanthou starrt das Radio an. Sein Herz rast, ihm wird flau im Magen. Langsam steuert er seinen elf Jahre alten Mercedes an den Straßenrand. Was die Morgennachrichten des zyprischen Staatsrundfunks an diesem Montag da gerade meldeten, bedeutet: Chrisanthou und seine Familie haben über Nacht 100 000 Euro verloren. Einhunderttausend. Die Hälfte dessen, was er und seine Frau ein Leben lang gespart haben. Damit sie im Alter versorgt sind. Damit ihr Sohn und ihr Enkel eine gute Zukunft haben.

Und nun ist das Geld weg. Ihre Bank wird geschlossen. Abgewickelt, wie sie im Radio sagten. Sie hat zu hohe Schulden. So hoch, dass der zyprische Staat sie nicht retten kann. Und die übrigen EU-Länder sie nicht retten wollen. Die sagen: Auf Zypern hätten zu viele reiche Russen ihr Schwarzgeld deponiert.

Chrisanthou schlägt wütend aufs Lenkrad. Er ist kein reicher Russe. 20 Jahre hat er auf Handelsschiffen gearbeitet, seit 15 Jahren fährt er Taxi. Seine Frau, eine Lehrerin, hatte ihm schon als jungem Mann immer die Heuer abgenommen, damit er das Geld nicht in den Bars durchbringt. Stattdessen trug sie es jeden Monat zur Bank. 33 Jahre haben sie das so gemacht, seit sie verheiratet sind.

Sie besitzen ein gemeinsames Konto bei der Laiki-Bank, der zweitgrößten des Landes. Alle zwölf Monate haben sie einen neuen Sparvertrag abgeschlossen. Zum Schluss zu einem Zinssatz von 4,5 Prozent. „Niemals", sagt Chrisanthou, 62, „niemals hätten wir gedacht, dass da etwas schiefgeht."

Brüssel, neun Tage zuvor

Resigniert zündet sich Nikos Anastasiadis eine Zigarette an. Der 66-Jährige sitzt im Büro seiner Delegation im Consilium, dem Brüsseler Ratsgebäude der Europäischen Union. Tiefe Ringe haben sich unter seinen Augen gebildet. Er fühlt sich erpresst.

Anastasiadis ist seit gut drei Wochen Präsident Zyperns, Oberhaupt eines souveränen Staates. Aber interessiert das hier irgendjemanden?

Über zehn Stunden lang haben die Finanzminister der Eurozone ihm zugesetzt, allen voran der deutsche, Wolfgang Schäuble, und dazu der deutsche Direktor der Europäischen Zentralbank (EZB), Jörg Asmussen. Haben ihn bearbeitet, bekniet, bedroht. Nun ist es gegen 4.30 Uhr morgens. Anastasiadis kann nicht mehr.

Er soll seinen Landsleuten gleich erklären, dass sie ihre Ersparnisse opfern müssen, um Zypern zu retten. „Es ist Ihre Entscheidung", hatte Asmussen kühl erklärt. „Wenn Sie ablehnen, sind Sie pleite." Und er? Anastasiadis hat geschrien, hat mit Rücktritt gedroht, und bevor er den Raum verließ, gesagt: „Ich werde das politisch nicht überleben." Nun sitzt er im Delegationsbüro, im Rauch seiner Zigarette. Verloren.

Damit hatte Anastasiadis nicht gerechnet. Über Monate hatten offenbar ein paar Männer und Frauen insgeheim einen radikalen Plan erarbeitet. In dieser Märznacht haben sie ihn durchgesetzt.

In dieser Nacht hat Europa ernst gemacht. In dieser Nacht haben die Finanzminister zum ersten Mal beschlossen, Pleitebanken nicht mehr mit Steuergeld zu retten, erstmals wollen sie jene zur Kasse bitten, die von den unseriösen Praktiken der Banken profitierten: russische Oligarchen, britische Millionäre, Steuerhinterzieher.

Aber die Euroretter werden auch Leute treffen wie Chrisanthou, die für ihr Alter sparten; Familien, die gerade die Kreditsumme fürs Eigenheim auf dem Konto liegen haben; kleine Firmen, die Geld sammelten, um zu modernisieren. Sogar die Entschädigungen könnten betroffen sein, die Angehörige der Flugpassagiere erstritten, die 2005 beim Absturz einer Helios-Maschine umkamen.

Die Entscheidungen dieser Nacht markieren eine Wende. Sie werden das Vertrauen der Bankkunden in ganz Europa erschüttern. Die Regierungen der EU-Mitglieder werden sich von nun an gegenseitig belauern. Und die Furcht vor einem übermächtigen Deutschland wird in Europa größer sein denn je.

Und doch wird der brutale Schnitt in Zypern den Euro stärken. Bis hierhin schien allein die EZB zu einer Rettung des Euro fähig, nun übernehmen die Politiker wieder die Führung. In der endlosen Finanz- und Eurokrise scheinen sie einen Weg gefunden zu haben, wie sie mit taumelnden Banken umgehen könnten, ohne selbst ständig neue Milliarden nachzulegen. Der Fall Zypern ist auch ein Stück über ein neues Europa.

Der *stern* hat in den vergangenen Monaten mit den wichtigsten Beteiligten dieser Entscheidungsschlacht gesprochen. Viele der Politiker und Beamten wollen sich nicht direkt zitieren lassen, das war Bedingung für die Gespräche. Aus ihren Schilderungen lässt sich aber rekonstruieren, wie die Europäer in die Krise stolperten. Wie sie um die neue Rettungspolitik stritten. Wie sie die Menschen gegen sich aufbrachten. Wie sie das Geschäftsmodell eines ganzen Landes zerstörten. Und wie der Euro gerade noch davonkam.

Nikos Anastasiadis
Präsident Zyperns und Kämpfer ohne Erfolg

Volker Wissing
Mister Euro der FDP und einer der Ideengeber

Zypern, im Frühjahr 2012

Thomas Wieser landet auf dem Flughafen Lanarca im Südosten der Insel. In der Hauptstadt will er den zyprischen Finanzminister treffen. Zum Krisengespräch.

Wieser ist ein bärtiger Österreicher mit Hang zum Spott. Er ist einer der einflussreichsten Beamten in Brüssel, die rechte Hand des Euro-Gruppen-Chefs, alle Treffen der Finanzminister bereitet er vor. Alle Konzepte der Eurorettung gehen über seinen Schreibtisch.

Zypern war nie ein Vorzeigeland. Die Insel gilt als Steuerparadies, hat einen aufgeblähten Finanzsektor, der mit hohen Zinsen viele reich machte. Die Banken horten Schwarzgeld. Mit dem großzügigen Kauf griechischer Staatsanleihen haben sie sich verzockt. Durch den Schuldenschnitt in Griechenland Ende 2011 verloren die Bank of Cyprus und die Laiki-Bank über Nacht 4,5 Milliarden Euro. Seitdem hat Zypern ein Problem.

Deshalb ist Wieser jetzt hier. Zugleich kommen auch die Mächtigen Europas auf die Insel. Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker trifft den Staatspräsidenten; EZB-Präsident Mario Draghi den Notenbankchef Zyperns. Das Land soll endlich seine Finanzen regeln und seine Banken sanieren. Es ist ein diplomatischer Großeinsatz, ein stilles Rettungskommando, um den Euro vor der nächsten Gefahr zu schützen.

Berlin, im Mai 2012

An einem Nachmittag macht sich Volker Wissing auf den Weg ins Kanzleramt. Wissing, ein schlanker Mittvierziger, ist der Mister Euro der FDP. Er kennt alle Gesetze, alle Zahlen, er organisiert die Zustimmung der Liberalen zur Eurorettung.

Stressige Tage liegen hinter ihm, er musste daheim bei seiner Schwester als Hochzeitskoch aushelfen. Jetzt hofft er auf ein entspanntes Gespräch mit Kanzleramtsminister Ronald Pofalla, Unions-Fraktionsvize Michael Meister und Finanzminister Wolfgang Schäuble. Die Männer treffen sich regelmäßig, allesamt politische Haudegen, erfahren im Spiel der Macht. An diesem Tag wird es alles andere als ruhig:

„Bail-in" heißt das Zauberwort, es meint die Rettung der Banken mit dem Geld der Anleger und Aktionäre. Experten reden seit einiger Zeit darüber, einen vergleichbaren Fall aber gibt es nicht. Keiner von den Männern im Kanzleramt weiß genau, was es für Folgen haben könnte, aber Schäuble wird von nun an hinter den Kulissen für diese Idee werben.

Brüssel, im September 2012

Thomas Wieser sitzt an seinem Schreibtisch im dritten Stock des EU-Ratsgebäudes. Sein Zimmer liegt am Ende eines verwinkelten Flurs, es ist ein Büro wie Hunderte andere hier: Ledersessel, Stahlrohrstühle, Regalwände. Die Verwaltungszentrale der Eurorettung. Auf dem Schreibtisch stehen Bilder seiner Kinder und ein Laserdrucker.

Wie soll es nur mit Zypern weitergehen? Vor gut zwei Monaten hat das Land inzwischen auch offiziell um die Hilfe Europas und des Internationalen Währungsfonds (IWF) gebeten. Zu dem Minus aus dem Griechengeschäft kommen noch andere Verluste, nicht nur Großbanken sind betroffen. Insgesamt fehlen 17,5 Milliarden Euro. Etwa so viel, wie Zyperns gesamte Wirtschaft in einem Jahr verdient.

Wolfgang Schäuble
Finanzminister und Zuchtmeister Europas

Thomas Wieser
EU-Beamter und entscheidender Strippenzieher

Jörg Asmussen
EZB-Direktor und geistiger Vater der Rettung

Angela Merkel
Kanzlerin und mächtigste Frau Europas

Seit einigen Wochen sind jetzt die Experten von IWF, EZB und EU-Kommission im Land, die Gesandten der Troika. Sie vermessen das Finanzloch auf der Insel – und haben keine guten Nachrichten. Der kommunistische Staatschef müsste Beamte entlassen, Löhne kürzen, Renten senken, alles ziemlich grausam. Und im Februar 2013 sind Wahlen in Zypern. Bis dahin werden die Kommunisten nichts machen, ahnt Wieser. Dabei könnte man dem Land noch geräuschlos helfen. Mit jedem Tag wird es gefährlicher. Eine Lösung muss her, schnell.

Das Telefon schrillt, EZB-Direktor Jörg Asmussen ruft an. Er ist ein gewiefter Taktiker, er diente fünf Finanzministern und einer Kanzlerin. Seit Jahren tummelt er sich in der internationalen Finanzwelt, er ist inzwischen einer der einflussreichsten Notenbanker der Welt. Gemeinsam mit dem EU-Beamten Wieser wird er die kommenden Monate aus dem Hintergrund maßgeblich mitgestalten, immer wieder telefonieren sie miteinander.

Sie wollen Zypern nicht einfach 17,5 Milliarden geben. Das wäre ein falsches Signal für die anderen Krisenstaaten. Diesmal soll es anders laufen, finden auch sie. Aber wie?

Sie spielen Szenarien durch. Wie kommen wir an das Geld der reichen Ausländer, die bislang von den satten Zinsen profitierten? Mit einer Abgabe auf die Konten! Die reicheren Anleger könnten ein paar Prozent von ihrem Geld abgeben, da würden Milliarden zusammenkommen.

Die beiden verabreden, die Idee weiterzuentwickeln. Die anderen Retter von EU-Kommission, IWF und deutschem Finanzministerium weihen sie erst mal nicht ein. Die Zyprer schon gar nicht. Sickert etwas durch, ziehen die Ausländer ihr Geld ab, dann scheitert der Plan.

Berlin, Ende Oktober 2012

In der deutschen Hauptstadt kursiert ein Papier des Geheimdienstes. Von Hilfsmaßnahmen für Zypern würden vor allem Inhaber russischer Schwarzgeldkonten profitieren, warnt der BND. Es ist die unangenehme Wahrheit, die Wissing, Pofalla und Schäuble vor Monaten im Kanzleramt schon gefürchtet hatten. Anfang November wird sie öffentlich. ➤

Von nun an ist klar: Eine stille Hilfe ist nicht mehr möglich, von nun an steht die Bundesregierung politisch unter Druck. Die SPD fordert eine Debatte „über das Geschäftsmodell Zyperns“. Auch in Deutschland ist die Rettungspolitik nun Machtpolitik. Es sind noch elf Monate bis zur Bundestagswahl.

Limassol, November 2012

Andreas Pittas, Ende 60, weißes Haar, leicht gebräunt, gilt mit rund 260 Millionen Euro Vermögen als drittreichster Mann Zyperns. Er besitzt acht Arzneimittelfabriken auf der Insel. An Zypern hat er immer geglaubt. „Ich dachte, irgendwann sind wir ganz an der Spitze.“ Nun mehren sich die Gerüchte. Anwälte und Reeder raunen sich zu, Spareinlagen seien nicht mehr sicher. „Glaubt ihr das?“, fragt Pittas seine Freunde. „An die Spareinlagen gehen, das ist wie in der Kirche pinkeln. Das tut man nicht.“

Christos Chrisanthou, der Taxifahrer, ahnt davon zu diesem Zeitpunkt nichts. Die Straßen sind zwar dunkler geworden, in vielen Schaufenstern ist das Licht ausgegangen. Auch sein Geschäft läuft nicht mehr so gut. Um seine 200 000 Euro auf der Bank macht er sich keine Sorgen. „Es gab doch immer so viele Reiche. Ich war überzeugt, unsere Wirtschaft ist robust, die Flaute geht vorüber.“ Ein fataler Trugschluss.

Limassol, 11. Januar 2013

Angela Merkel landet zum Treffen der europäischen Konservativen. Es ist eine riskante Reise für die Kanzlerin. Der Badeort an der Südküste ist die Hochburg der Oligarchen, 20 000 Unternehmen haben die Russen registriert, meist Briefkastenfirmen, betreut von riesigen Anwaltskanzleien. „Bild“ titelt: „Kanzlerin Merkel im Schwarzgeld-Paradies“.

Merkel will den konservativen Präsidentschaftskandidaten Nikos Anastasiadis unterstützen. Der Kettenraucher beteuert stets, auf Zypern werde kein Geld gewaschen. Er führt selbst eine Kanzlei, ist verstrickt in die zyprische Finanzwelt, aber anders als der amtierende Staatschef gilt er als Freund der EU. Und ist damit Merkels Mann, wie alle sehen können:

Takis Phidia
Chef und Totengräber der Laiki-Bank

Michalis Sarris
Finanzminister Zyperns und Russlandreisender

Nikosia, 11. Februar 2013

Takis Phidia sitzt zu Hause am Frühstückstisch. Gleich muss er los, ins Büro an der Limassol Avenue. Seit Kurzem ist er Übergangschef der schwer angeschlagenen Laiki-Bank.

Wie jeden Morgen liest der Manager mit den zurückgekämmten grauen Haaren die „Financial Times“. „Radikaler Rettungsplan für Zypern“ steht auf Seite eins. Es gebe Pläne, Kontoeinlagen zu konfiszieren, um die Staatspleite abzuwenden, einen „Bail-in“. So sollen vor allem die Deutschen beruhigt werden.

Phidia weiß, dieser Artikel ist eine Bombe. Die geheimen Rettungspläne sind nun nicht mehr geheim. Wer hat die Information durchsickern lassen – und warum? Selbst wenn es eine Falschmeldung wäre, allein die Diskussion darüber könnte seine Bank vollends ruinieren.

Er schreibt noch am selben Tag an den Chef der zyprischen Zentralbank. Der lässt antworten: „Betreffend des Artikels betont die Zentralbank, dass die Beraubung der Eigentumsrechte von Kontoinhabern gegen die zyprische Verfassung und gegen die europäische Konvention für Menschenrechte verstößt.“

Der Zeitungsartikel löst eine Welle aus. Die Reichen beginnen, Geld ins Ausland zu schaffen, sie ziehen allein in den ersten beiden Märzwochen 3,6 Milliarden Euro von den beiden größten Banken ab, die Aufsicht registriert 5323 Überweisungen über mehr als 100 000 Euro. Zyperns Geschäftsmodell kollabiert.

Brüssel, 4. März 2013

Im Consilium treffen sich die Finanzminister der Euro-Gruppe. Zum ersten Mal nach der Wahl ist Zyperns neuer Finanzminister Michalis Sarris dabei, der selbst einst Verwaltungsratschef der Laiki-Bank war. Alle hoffen auf einen Durchbruch. Inzwischen geht es längst um mehr als um eine kleine Insel.

Doch die Retter sind zerstritten über den Rettungskurs. Einige in der EU-Kommission wollen lieber ohne die „Ayatollahs vom Währungsfonds“ weitermachen, wie sie ätzen. Auch in der EZB wollen einige hinschmeißen. Die Troika droht auseinanderzubrechen. Es wäre eine politische Katastrophe, die gesamte Krisenpolitik der vergangenen Jahre stünde infrage.

Nach der offiziellen Tagung wird bis in die Nacht in kleinen Gruppen weiterverhandelt, geheim. Wolfgang Schäuble pokert, so hart und unerbittlich wie immer. Er will nicht einfach so Steuergeld verschenken. Am Ende versprechen die Finanzminister ihrem neuen Kollegen Sarris, bis Ende März zu helfen.

Brüssel, 15. März 2013

Es ist kurz vor 22 Uhr. Nikos Anastasiadis zündet sich in den Delegationsräumen Zyperns im siebten Stock des Consiliums eine Zigarette nach der anderen an. Der Staatspräsident ist wütend. Noch vor drei Wochen hatte er zu Hause in die Mikrofone gesagt: „Das Land befindet sich an einem Scheideweg. Wir müssen uns sofort mit der Finanzkrise beschäftigen.“ Aber doch nicht so.

Seit fünf Stunden ringt sein Minister Sarris zwei Stockwerke tiefer mit den Rettern. Am schlimmsten ist der Deutsche im Rollstuhl. Und die Frau mit der Kurzhaarfrisur, Christine Lagarde vom IWF. Schon am Nachmittag, als sie sich begrüßten, hatte Schäuble zu ihm gesagt: „Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, was ich zum Glück nicht bin, würde ich nicht nur die nächste Generation belasten.“ Im Klartext heißt das: Die Banken sollen bluten. Ginge es nach Schäuble und Lagarde, würden die reichen Bankkunden viel Geld verlieren, 30 oder gar 40 Prozent.

Das geht doch nicht! Kein Ausländer würde sein Geld jemals wieder nach Zypern überweisen. Wovon soll sein Land dann leben?

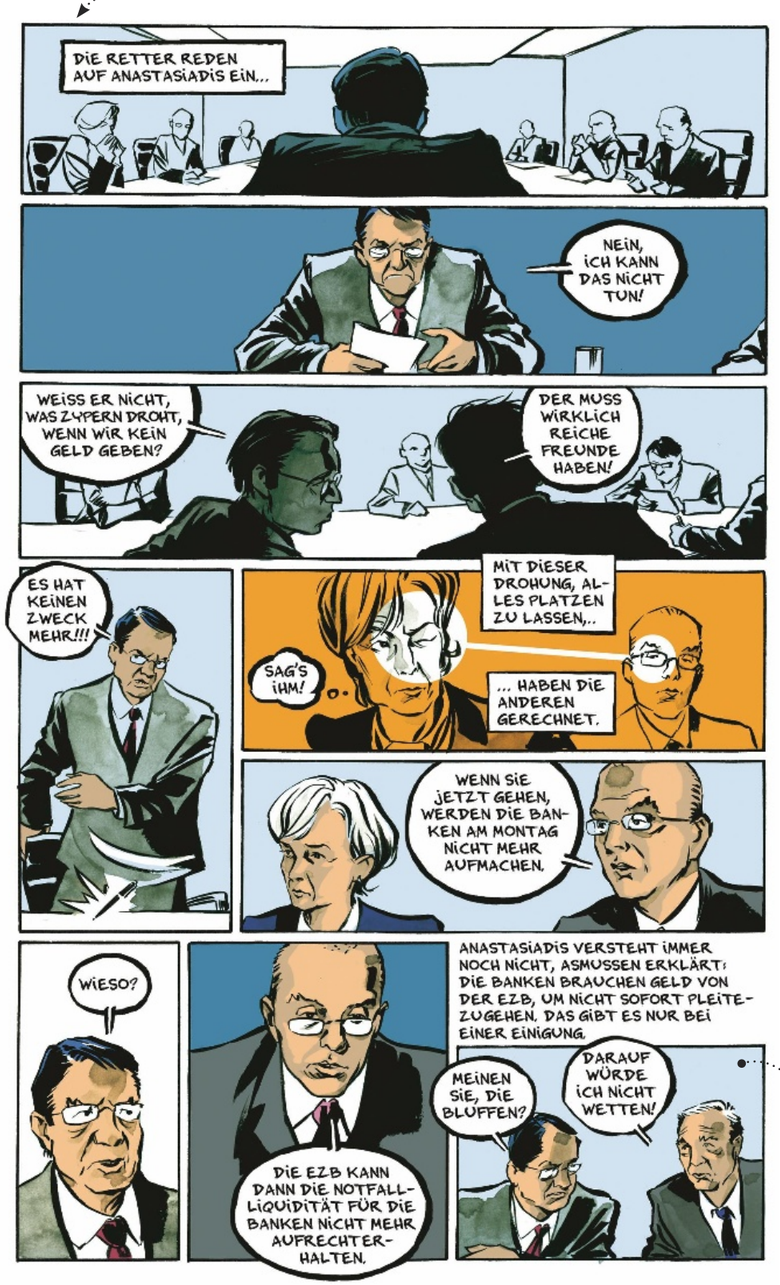
Die Tür geht auf, Sarris erscheint. Unten habe EU-Währungskommissar Olli Rehn gerade einen neuen Vorschlag gemacht. Er will weniger von den Reichen nehmen, dafür alle belasten, auch die Konten bis 100 000 Euro, die eigentlich in ganz Europa geschützt sind. Es ist eine verhängnisvolle Idee, deren Tragweite in diesem Moment niemand überblickt. Anastasiadis überlegt. So würden die Reichen ihr Geld vielleicht doch auf der Insel lassen. Er sagt: „Ja.“

Sarris eilt zurück. Doch die Retter wollen mehr. Schäuble sagt: „Die Abgabe muss mehr Geld bringen.“ Er will die Milliarden von den russischen Konten. Lagarde nickt. Sarris, der Schäuble gegenübersitzt, bekommt Angst. „Herr Schäuble wurde immer ungehaltener“, erinnert er sich. „Ich stellte mir vor, wie er plötzlich aus dem Raum rollt. Was hätte ich da tun sollen?“

Christine Lagarde
IWF-Chefin und knallharte Verhandlerin

Die Stimmung ist eisig. Der maltesische Finanzminister, der direkt neben Schäuble sitzt, fühlt sich „wie bei einem Transatlantikflug, bei dem es nicht erlaubt ist, den Sitz zu wechseln“. Es ist ein Feilschen um Prozentwerte und Kontostände. Sarris und Anastasiadis lehnen alle Vorschläge ab. Nein, nein, nein.

So geht es nicht weiter. Gegen ein Uhr nachts ziehen Schäuble, Lagarde, Kommissar Rehn, EZB-Direktor Asmussen und der französische Finanzminister mit den beiden Zyprern in einen Nebenraum. Die Zurückgelassenen sind empört, wieder ein Alleingang der Großen: „Mitreden dürfen wir nicht, zahlen aber schon“, ruft ihnen die österreichische Finanzministerin hinterher. Hinter verschlossenen Türen geschieht dann Folgendes:



Der maltesische Finanzminister schreibt später über diese Nacht, den Zyprern sei die Pistole an den Kopf gesetzt worden. „Es dauerte zehn Stunden, bis ihre Körper und Seelen erschöpft genug waren, dem Abkommen zuzustimmen."

Das sieht vor, Sparguthaben bis 100 000 Euro mit 6,75 Prozent zu belasten, die darüber mit 9,9 Prozent. 7,5 der benötigten 17,5 Milliarden soll Zypern damit selbst tragen, die Bankkunden des Landes zahlen, nicht nur die anderen Staaten. Ein „Bail-in", Europa macht ernst.

Keiner in der Runde scheint zu ahnen, wie der Beschluss draußen ankommt. Die Menschen in Europa werden ihn als Raubgriff auf ihre Konten sehen, ein Proteststurm wird losbrechen, doch in diesem Raum sind alle erschöpft und froh, eine Lösung für diese blöde Insel gefunden zu haben.

Eine Pressekonferenz gibt es nicht, nur schriftliche Erklärungen über eine „faire Lastenteilung". Auf dem Rückflug nach Nikosia spricht Anastasiadis kein Wort, an Bord herrscht Grabesstille.

Berlin, 16. März 2013

Angela Merkel redet auf einer Parteiveranstaltung in Grimmen, Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern. Die Delegierten wählen sie auf Platz eins der Landesliste für die Bundestagswahl, ohne Gegenstimme. Die Zypernlösung lobt sie als „guten Schritt".

Doch es wird ein langes Wochenende. Banken und Investoren melden sich, beklagen den Vertrauensbruch. Die Einlagensicherung für kleinere Sparguthaben – seit Jahrzehnten die Vertrauensbasis im Bankgeschäft – sei ausgehebelt worden. Auf Twitter bricht ein Proteststurm los.

Wolfgang Schäuble distanziert sich vorsichtig, stellt die zyprische Regierung, die EU-Kommission und die EZB als Treiber dar. Die weisen die Schuldzuweisung brüsk zurück. Niemand will es gewesen sein.

Nikosia, 18. März 2013

Alle Banken bleiben geschlossen, aus Angst vor dem Sturm der Kunden. An Geldautomaten bilden sich lange Schlangen. Viele Menschen heben so viel ab wie möglich. Sie informieren sich per Handy, wo es noch Geld gibt. Vor dem Parlament rufen Demonstranten: „Wir brauchen keinen Euro!", „Nieder mit dem Vierten Reich!" Sie fühlen sich verraten. Vor allem von Deutschland.

Herman Van Rompuy
Ratspräsident Europas und Krisengewinner

Nikosia, 19. März 2013

Ganz Europa schaut an diesem Dienstag nach Zypern. Das Parlament entscheidet über das Rettungspaket. Der Vorsitzende der Partei Diko, Koalitionspartner von Präsident Anastasiadis, sagt: „Unser Land erlebt einen ungerechten und vorsätzlichen Angriff. Die Euro-Gruppe will uns erpressen." Um 19.20 Uhr lehnen die Abgeordneten das Paket ab, ohne Gegenstimme. Einen Abend lang feiert das Volk sie als Helden. Die Rettung ist geplatzt. Alles muss neu verhandelt werden.

Brüssel, 20. März 2013

Thomas Wieser schlendert ins Büro von EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy. Die Rettung steckt fest, die Finanzminister kommen nicht mehr weiter. Sie haben Anastasiadis in der Rettungsnacht zu sehr gedemütigt. Es geht jetzt um die hohe Kunst der Diplomatie, um Psychologie. Das ist das Metier der Strippenzieher. Und die Bürokratenmaschinerie der EU zeigt, was sie kann.

Anastasiadis will mit den Staatschefs sprechen, endlich auf Augenhöhe. Soll Van Rompuy also einen Gipfel einberufen? Das ist riskant. Regierungschefs verstehen nichts von Banken. Am Ende schaffen sie nur neues Chaos. Oder soll er selbst verhandeln? Er hat oft hinter den Kulissen gewirkt. Der Belgier ist ein Meister der leisen Töne.

Van Rompuy telefoniert mit Kanzlerin Merkel, sein Kabinettschef Didier Seeuws mit den Beratern des französischen Präsidenten. Zypern ist nun Chefsache, man telefoniert täglich. Bis zum Ende der Schicksalswoche steht fest, Van Rompuy soll – eng abgestimmt mit Merkel und François Hollande – eine Lösung finden. Die Kanzlerin traut ihrem eigenen Finanzminister das nicht mehr zu.

Moskau, 20. März 2013

Nikosia, 21. März 2013

Takis Phidia , der Übergangschef der Laiki-Bank, irrt durchs Parlament. Der mächtige Manager ist hilflos. Wie kann er den Zusammenbruch seiner Bank verhindern? Er sucht irgendeinen Verantwortlichen, der „diesen Wahnsinn" stoppen kann. Doch die Politiker sind selbst orientierungslos. Nachmittags sickert das Gerücht durch, seine Laiki-Bank solle abgewickelt werden. Phidia hört, wie seine Mitarbeiter draußen demonstrieren. 2300 Menschen fürchten um ihre Jobs. Das ganze Land fürchtet um seine Zukunft.

Dublin, 22. März 2013

In der irischen Hauptstadt treffen sich die Außenminister der EU. Sie reden über den Krieg in Syrien und über Zypern. Über die politischen Spannungen innerhalb der Union, über die Macht der Großen und die Sorgen der Kleinen.

Er verbitte sich jede Kritik am „Geschäftsmodell Zyperns", platzt es aus Jean Asselborn heraus. Der Luxemburger hat genug, vor allem von Deutschland. „Ich komme auch aus einem kleinen Land." Man müsse „aufpassen, vor allem aus Berlin, dass keine Töne kommen, die wirklich verletzend sind".

Brüssel, 24. März 2013

Es ist so weit. Der zweite Rettungsversuch. Noch immer herrscht Streit unter den Rettern. Den ganzen Sonntagvormittag reden Herman Van Rompuy und seine Leute auf IWF-Chefin Lagarde, EZB-Chef Draghi und EU-Kommissionschef José Manuel Barroso ein. Bis die Troika bereit ist, die Strategie mitzutragen. Erstmals wollen sie in der Krise eine Großbank abwickeln. Die Regierung soll zudem Steuern erhöhen, den Haushalt sanieren, Geldwäsche bekämpfen. Kurz: Nichts soll bleiben, wie es war.

Gegen 14 Uhr trifft Zyperns Präsident Anastasiadis im EU-Ratsgebäude ein, begleitet von seinem Finanzminister. Im Präsidentenpalast zu Hause sitzen die führenden Politiker aller Parteien gemeinsam vor dem Fernseher, die Handys griffbereit. Van Rompuy bittet ihn zu einem Vieraugengespräch, ohne Ergebnis. Zum Mittagessen danach kommen auch Draghi, Lagarde und Barroso dazu, es gibt Lamm und Kartoffeln. Und Anastasiadis macht einen letzten Versuch:

Erst jetzt biegt eine graue Daimler-Limousine auf den Kreisverkehr am Place de Schuman. Auf dem Rücksitz Wolfgang Schäuble. Schon wieder ein Sonntag in Brüssel, in diesem Kasten der EU-Bürokratie. An viel zu engen Tischen, in Räumen ohne Tageslicht. Der Wagen stoppt vor dem Hintereingang, ein Helfer schiebt den Rollstuhl heran, Schäuble wuchtet sich hinein. Er ahnt nicht, wie endlos die Stunden oben sein werden, wie viel Zeit er totschlagen muss, mit Warten und Sudoku-Rätseln auf dem Laptop. Denn mitreden darf er heute nicht.

Das übernehmen die Bürokraten von der EU. Sie wechseln ständig zwischen den Büros hin und her, eine Pendel-Diplomatie zwischen dem fünften und siebten Stock beginnt, zwischen dem Flur des Ratspräsidenten und den Delegationsbüros. Van Rompuy und Barroso nehmen Anastasiadis noch einmal zur Seite, reden eine Stunde lang auf ihn ein, „mit geradezu therapeutischem Eifer", wie es nachher heißt. Am Ende sagt Van Rompuy sehr deutlich: „Wir werden Ihnen ein Angebot machen. Es wird das letzte sein. Sie sollten es annehmen."

Im Nachbarbüro haben sich inzwischen die anderen versammelt. Asmussen, Wieser, ein paar Beamte. Einige sitzen auf den gepolsterten Stühlen am Tisch, andere lehnen an der Wand. Wieser hat den Entwurf für eine Acht-Punkte-Erklärung zur Bankenabwicklung mitgebracht. Gemeinsam formulieren sie nun den Text der Zypernrettung, Satz für Satz. Wer eine Idee hat, ruft sie rein. Sie schreiben Geschichte.

Die Finanzminister, die in der ersten Nacht versagt hatten und in dieser Nacht noch alles absegnen sollen, warten unterdessen seit Stunden in einem großen Saal. Kein Wort haben sie zu melden, es ist demütigend. Schäuble wird langsam ungeduldig. Muss ein deutscher Finanzminister sich das gefallen lassen? Ab und zu taucht IWF-Chefin Lagarde auf. Sie soll ihn mit ihrem Charme beruhigen. Sie verteilt Schokopillen.

Gegen 22 Uhr beginnt im achten Stock ein Abendessen. Die Finanzminister warten weiter. Bei einer ungenießbaren Tortilla liest Van Rompuy dem zyprischen Präsidenten das Rettungspapier vor, Absatz für Absatz. Kurz vor Mitternacht steht die Lösung. Zehn Milliarden Hilfe, Abwicklung der Laiki-Bank, Verkleinerung der Bank of Cyprus, Heranziehung der Guthaben über 100 000 Euro, neue Geldwäsche- und Steuergesetze. Man geht auseinander, ohne Handschlag.

Die wartenden Finanzminister müssen zustimmen, sie ändern kein Wort. Um 2.15 Uhr ist es vorbei.

Im Untergeschoss warten die Journalisten. Schäuble stoppt vor den Mikrofonen. Er hat eine Lösung, die er von Anfang an wollte. Aber ist er ein Sieger? Die Kanzlerin hat ihn ausgebootet. Sein Gesicht wirkt müde, die Hände liegen im Schoß. Er lobt kurz das Ergebnis. „Und jetzt muss ich meinen Flieger erreichen."

Der Sieger dieser Nacht heißt Hermann Van Rompuy. Er hat zusammengehalten, was auseinanderstrebte. Er hat Zypern gerettet. Vielleicht sogar den Euro. Es ist ein großer Moment für den EU-Ratspräsidenten, es könnte ein Neuanfang für die europäischen Institutionen sein.

Nikosia, 25. März 2013

Christos Chrisanthou hat wie jeden Morgen um sieben Uhr sein schwarzes Taxi gestartet. Im Radio hört er, dass die Laiki-Bank, wo seine 200 000 Euro angelegt sind, dichtmachen muss. Aus der Befürchtung der vergangenen Wochen ist nun Gewissheit geworden. 100 000 Euro sind sicher, der Rest wandert in eine Bad Bank und wird wohl weg sein. Es trifft ihn wie ein Schlag. Wieder müssen die Kleinen zahlen. „Die Reichen waren doch clever genug, ihr Vermögen rechtzeitig zu retten." Gegen die EU oder die Deutschen richtet sich seine Wut nicht. „Schuld haben nur unsere Banken."

Als Takis Phidia , der Bankchef, an diesem Montagmorgen bei der Laiki-Bank eintrifft, liegt bereits die Mitteilung auf seinem Tisch, dass die Bank, bei der er seit 20 Jahren arbeitete, abgewickelt wird. „Am Abend habe ich gekündigt." Schon in ein paar Tagen wird hier eine Frau einziehen, deren Aufgabe die Abwicklung der einst stolzen Bank ist. Seiner Bank.

Nikosia, 27. März 2013

Hubschrauber kreisen am Himmel, bewaffnete Polizisten bewachen die Straßen, durch die Dunkelheit rollen schwere Lastwagen. In einer streng geheimen Kommandoaktion sollen sie angeblich 1,5 Milliarden Euro Bargeld zur Zentralbank bringen. Die EZB lässt mehr verteilen, als auf der Insel normalerweise in Umlauf ist.

Am Mittag öffnen nach zehn Tagen zum ersten Mal die Banken wieder. Doch der befürchtete Ansturm bleibt aus.

Der reiche Pharmaunternehmer Andreas Pittas ist sieben Millionen Euro ärmer. Er hatte vergessen, rechtzeitig seine Aktien von der Bank of Cyprus zu verkaufen. Seine Geschäfte laufen noch, nur die Zulieferer verlangen ab sofort Vorkasse. „Zypern haftet jetzt das Pleite-Image an", sagt er. Jeden Morgen klappert ein Mitarbeiter sieben Filialen verschiedener Banken ab und zieht bei jedem Automaten die Höchstsumme.

Nikosia, 2. April 2013

Finanzminister Sarris tritt zurück. Sein Name soll nicht mit dem Absturz des Landes verbunden bleiben. Medien melden, dass eine Firma, bei der er bis vor Kurzem im Vorstand war, es noch rechtzeitig geschafft habe, Millionen zu retten.

Ein paar Tage später bekommt Sarris einen Brief von EZB-Direktor Asmussen, der ihn in den Rettungsnächten so unter Druck setzte. Ein Dankschreiben. „Sie haben maßgeblich zur Lösung dieser Krise beigetragen", schreibt Asmussen. „Sie verdienen Respekt für die Entscheidungen, die Sie getroffen haben."

Der Deutsche Bundestag stimmt Mitte April dem Rettungspaket zu, mit überwältigender Mehrheit. Ende April billigt auch Zyperns Parlament das Paket. 29 Abgeordnete stimmen dafür, 27 dagegen.

Zypern erhält rund zehn Milliarden Euro, rückzahlbar in 22 Jahren. Wie viel das Land am Ende braucht, 17, 20 oder 23 Milliarden Euro, weiß keiner. Auch nicht, wie die Lücke gestopft werden soll.

Berlin, August 2013

In Deutschland ist Wahlkampf. Angela Merkel inszeniert sich als Retterin des Euro. Den Menschen in Südeuropa wird sie wohl auch nach der Wahl als Feindbild erhalten bleiben. Finanzminister Schäuble ebenso. Er rät den Krisenstaaten zu Geduld, irgendwann würden die Hilfsprogramme greifen.

Auf Zypern verwirrt Präsident Anastasiadis mit immer neuen Ideen. Zuletzt wollte er sogar Spielkasinos anlocken, um die Konjunktur anzukurbeln. „Das Abkommen von Brüssel hat uns mehr geschadet als erwartet", sagt er.

Um 13 Prozent dürfte die Wirtschaft in diesem und im nächsten Jahr schrumpfen, so stark wie noch nie. Die Arbeitslosenquote liegt inzwischen bei 17,3 Prozent, ein historischer Rekordwert. Und immer noch schaffen Anleger ihr Geld ins Ausland.

Die Rettung Zyperns hat viele Menschen ins Unglück gestürzt. Aber den Euro gerettet. Die Kapitalmärkte wetten nicht mehr auf das Ende Europas, die Wirtschaft in den der Eurozone wächst wieder, die Politiker haben sich ein bisschen Macht zurückerobert. Und nun?

Der Fall Zypern ist keine Blaupause für künftige Krisenfälle, sagen die Politiker. Die Banken- und Finanzstruktur sei unvergleichbar. Das stimmt. Und doch hat dieser Fall erstmals Prinzipien gezeigt, wie die Krise überwunden werden kann. Insofern ist Zypern doch eine Blaupause für die Zukunft.

Das Projekt heißt Bankenunion. Gemeinsam wollen die Länder die Banken beaufsichtigen, gemeinsam marode Institute abwickeln, gemeinsam die Sparer schützen. Bevor die Steuerzahler einspringen, sollen die Gläubiger der Banken blechen. Erst die Aktionäre, dann die Anleihebesitzer, dann die Kontoinhaber mit Einlagen über 100 000 Euro. Erst danach helfen der jeweilige Staat und zuletzt die anderen Staaten. Die Konten bis 100 000 Euro bleiben unantastbar. Das ist die Idee.

Bis es so weit kommt, werden Jahre vergehen, vielleicht ein Jahrzehnt. Viele Fragen sind noch unklar. Europa ist kompliziert. Das weiß jeder. Aber Europa macht ernst. Das ist neu.

Andreas Albes, Lukas Heiny und **Andreas Hoffmann** recherchierten in mehreren Hauptstädten Europas, unterstützt von Ferry Batzoglou. Aus ihren Erkenntnissen zeichnete **Reinhard Kleist** (r.) die Comics